

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 90.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröda.

Postfachamt: Dresden 1530
Stroße Riesa Nr. 22.

Nr. 231.

Dienstag, 3. Oktober 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 170.— Mark ohne Frangierlohn, durch die Post frei Haus 190.— Mark. Einzelnummer 10.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewerbe für das Erscheinen an Nachmittags- und Vermittlungsgebühren 3.— Mark. Beste Tarife. Bemerklicher Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Frage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Völligste Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ingewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortchstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betr.

Die Bekanntmachung der unterzeichneten Amtshauptmannschaft vom 12. Juli 1919 — 889 d B — wird dahin geändert, daß in allen Geschäftsbetrieben die Beschäftigung von Gehilfen, Arbeitern und Lehrlingen von vorm. 11 Uhr bis nachmittags 6 Uhr im Amtsbereichsbezirk Radeburg

zulässig ist an den 3 letzten Sonntagen vor Weihnachten, an dem vorletzten Sonntag vor Ostern, an dem Sonntag vor Pfingsten, sowie an dem Sonntag, an dem in Radeburg Kirmees ist.
Großenhain, am 30. September 1922. Die Amtshauptmannschaft.

Der Bezirksausschuß hat auf Antrag der Bezirkschornsteinfegermeister eine weitere Erhöhung der Reberlöhne um 700 %, als Feuerungszuschlag mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 ab bis auf weiteres bewilligt, jedoch nunmehr ein Feuerungszuschlag von insgesamt 1300 % zu erheben ist.
Großenhain, am 2. Oktober 1922. Amtshauptmannschaft.

Verkauf von Ersatzsohlen.

Wir haben noch einen größeren Vorrat Ersatzsohlen vorrätig.
Jede Ersatzsohle besteht aus einer dünnen präparierten Solauntersohle (Sperrsohle),

die mit guten, dicht aneinander gefügten Kernlederfüßen benagelt ist. Diese Sohlen bieten einen sehr guten brauchbaren Ersatz für die jetzt sehr teuren Ledersohlen.
Die Ersatzsohlen gelangen in folgenden Größen und zu folgenden Preisen an unsere Einwohnererschaft zum Verkauf:

Größe	45/47	Paar	3 M.	— Pf.
"	42/44	"	3	"
"	38/41	"	2	"
"	34/37	"	2	"
"	30/33	"	2	"
"	27/29	"	1	"
"	23/26	"	1	"

Der Verkauf findet statt im Rathaus, Einwohnermeldeamt, Zimmer Nr. 14, und zwar Wochentags in der Zeit von 8—12 Uhr vormittags.
Da die Lederteuerung immer größer wird, empfehlen wir unserer Einwohnererschaft dringend, von dem Bezugs dieser Ersatzsohlen Gebrauch zu machen.
Der Rat der Stadt Riesa, am 3. Oktober 1922. Die.

Herr Bernhard Lehmann aus Gröda ist heute von uns als Nachschußmann angeteilt und in Rieht genommen worden.
Gröda (Elbe), am 1. Oktober 1922. Der Gemeindevorstand.

Die Orientkrise.

Nach einer Havas-Meldung aus Ankara hat die Nationalversammlung die Haltung der Regierung in der Orientfrage einstimmig gebilligt. Die Regierung sei von der Nationalversammlung ermächtigt worden, einen Vertreter zu der Konferenz von Madania und weitere Vertreter zur demnächstigen Friedenskonferenz zu entsenden. Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel hat Mustafa Kemal seinen Generalstabesbeauftragten, auf der Konferenz von Madania am heutigen Dienstag die Sache von Ankara zu vertreten, da er selbst sich nach Ankara begeben muß. Durch die Abwesenheit Mustafa Kemals verliere die Konferenz stark an Bedeutung, aber Ahmet Pascha sei im Besitz von Vollmachten, über die Räumung Thrakiens und über die Frage der neutralen Zonen und der Einstellung der Truppenbewegungen und Verstärkungen auf beiden Seiten zu verhandeln.

„Chicago Tribune“ meldet, Kemal Pascha habe Franklin D. Roosevelt mitgeteilt, daß seine Hauptforderung in Madania die Zurückziehung der Engländer aus den Zonen von Tschanael und Amid sein werde, und daß er über den Frieden nicht verhandeln werde, bevor die Räumung dieser Gebiete nicht durchgeführt sei. Nach einer Meldung des „Newport Herald“ aus Konstantinopel beabsichtigt Kemal Pascha, eine Volkswahl in Westthrazien zu verlangen, eine Frage, die jedoch der künftigen Friedenskonferenz überwiegen werden würde.

Die Havas-Mittel, hat Polcaré Sonntag abend zuerst den italienischen Botschafter Graf Sforza und dann den englischen Botschafter Lord Curzon empfangen und ihnen die Note Yusuf Kemals zur Weiterleitung an ihre Regierungen übergeben. In französischen Kreisen sei man der Ansicht, daß diese erste Antwort der Türken nichts enthalte, was die durch den Beschluß vom 23. September vorgesehene Konferenz der Generale verhindern könnte. Man sei überzeugt, daß England und Italien bereit sein werden, an dieser militärischen Konferenz teilzunehmen, die heute, Dienstag, mit der Regelung der auf die Räumung der neutralen Zone und Thrakiens bezüglichen Fragen beginnen werde. Unter diesen Umständen habe Sonntag abend der Eindruck geherrscht, daß man einer Entspannung entgegenstehe und jetzt auf eine Lösung der Schwierigkeit ohne Konflikt hoffen dürfe.

Die Reuter auf eine Anfrage in gut unterrichteten britischen Kreisen erklärt, wird, obwohl die Lage im nahen Osten sich sehr gebessert habe, nicht vergessen werden dürfen, daß noch Schwierigkeiten bevorstehen. Angenommen (und es besteht kein Grund, das Gegenteil anzunehmen), daß die britische Regierung zu dem Curzon-Polcaré-Sforza-Programm stehe, würde das nächste, was geschehen müsse, sein, anzusehen, wie sowohl die Türken als auch die Griechen durchzuführen, was dieses Programm von ihnen fordere, nämlich, daß die Türken die Tschanaelzone räumen und daß die Griechen ihr Heer aus Ostthrazien zurückziehen, vermutlich bis zur Maritima. Man sei der Ansicht, daß Kemal Pascha, wie dies von französischer und von englischer Seite bestätigt wird, jetzt versucht, jede Art von Feindseligkeit während der Madania-Konferenz zu vermeiden.

Einer Blättermeldung aus Konstantinopel zufolge, hat der Oberbefehlshaber der griechischen Truppen in Thrakien den alliierten Hauptquartieren mitgeteilt, daß er nicht in der Lage sein werde, die neutrale Zone an der Tschanaelzone zu respektieren, wenn die türkischen Banden, die sich dort gebildet haben, weiter die griechische Front angreifen. Reuter meldet aus Athen, wie verläutelt, habe der vor-malige König Konstantin, bevor er Athen verlassen habe, von dem revolutionären Ausschuss ein Dokument verlangt, das ihm bestätigen sollte, daß seine erzwungene Abreise aus Griechenland nur eine zeitweilige sei. Der Ausschuss habe dies abgelehnt und hinzugefügt, daß er auf der Abreise Konstantin und seiner Brüder bestehe.

Reuter meldet aus Maila, daß die Prinzen und die Prinzessinnen des osmanischen Kaiserhauses, die dort am 21. September aus Konstantinopel eintrafen, nach Neapel weiterreisen.

Minister Wiesberts über die Teuerung

Auf dem Verbandstage der katholischen Arbeitervereine in Offen wurden außerordentlich lebhaft Klagen über die Wirkung der Teuerung auf die Lebenshaltung der Arbeiter laut. Die Düsseldorfener Vereine brachten eine sehr scharfe Resolution in dieser Richtung ein. Reichspostminister Wiesbert, der den Verhandlungen beizuohnen, führte dazu folgendes aus: Ich werde nicht verfehlen, die lebhaften Schilderungen und Beschwerden an geeigneter Stelle mit

zur Sprache zu bringen. Ich bitte aber, nicht die Regierung allein für die Dinge verantwortlich zu machen. Abbau und Aufhebung der Zwangswirtschaft wurden seinerzeit nicht nur von den Interessenten, sondern von weiten Kreisen der Arbeiterschaft verlangt. Ich bin der Meinung, wenn man damals die Dinge hätte übersehen können, wie sie heute gekommen sind, so würden wir wahrscheinlich, wenigstens die wichtigsten Lebensmittel, weiter rationieren haben. Bei allen Nöten, die die Nationierung zweifellos mit sich brachte, hat sie doch das Gute gehabt, daß sie auch dem ärmsten Haushalt ein Mindestquantum von Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen ermöglichte. Wenn man davon auch nicht vollständig satt wurde, so war es doch ein beruhigendes Bewußtsein, vor der äußersten Not geschützt zu sein.

Ob es möglich ist, die Rationierung und Zwangswirtschaft wieder einzuführen, wenn die Not dazu treibt, lasse ich dahingestellt. Die Moral unseres Volkes ist leider sehr tief gesunken. Schließlich werden sich auch andere Wege finden, um über die Not, die uns für den kommenden Winter droht, herüberzukommen. Ich denke hier, B. an die Möglichkeit einer Anleihe, die nicht für Reparationszwecke, sondern für Ernährungszwecke gegeben werde. Das wäre natürlich nur eine vorübergehende Hilfe. Im letzten Grunde muß mit allem Ernst darauf hingewiesen werden, daß unsere passiv Handelsbilanz und die Wirkungen der Reparationen die Hauptursachen der Teuerung sind. Wenn wir heute Devisen zum Kauf von Brot, so ist das ein anormaler Zustand. Im übrigen müssen wir uns damit abfinden, daß die Folgen des Krieges und der Revolution so schnell nicht übermunden werden. Wir haben in Friedenszeiten zwei Fünftel aller Lebensmittel einführen müssen, das Verhältnis wird heute ungefähr das Gleiche sein. Wenn wir auf dem freien Markt bei dem gegenwärtigen Dollarkurs Getreide aufkaufen wollten, so können Sie sich vorstellen, welche Preissteigerungen resultieren. Wir werden entweder aus Staatsmitteln die Brotverlängerung subventionieren müssen oder zu einer Erhöhung des Brotpreises kommen. Man sollte aber diese Fragen lebensschmerzlos erörtern, jenseits aller politischen Parteizugehörigkeiten.

Brotpreis und Zwangswirtschaft. Zu der in einer Korrespondenzmeldung dem Reichspostminister Wiesberts zugeschriebenen Äußerung über eine Verdreifachung des Brotpreises für November, sowie über die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Brot, Fett und Milch erklärt die „Wost. Stg.“ von unterrichteter Seite, daß zwar mit einer solchen Erhöhung, jedoch kaum mit einer Verdreifachung des Brotpreises zu rechnen sei. Auch die von anderer Seite verbreiteten Nachrichten über eine beabsichtigte Brotverlängerung durch Kartofeln seien unzutreffend. Was die Zwangsbewirtschaftung anbetreffe, so werde man über die augenblicklich erreichte Grenze, die noch in den letzten Tagen durch den Konfessionszwang für Butteraustausch erweitert wurde, schließlich hinausgehen.

Die Zwangswirtschaft. Der Reichsrat hat einen Antrag angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, für das Betriebsjahr 1922/23 1. Zur Sicherung des Verbrauchs der Bevölkerung an Rundbrot je Kopf pro Monat 2 1/2 Pfund und an Einmachbrot 6 Pfund einmalig aus der Inlandszuckerzeugung den Ländern zur Verfügung zu stellen. 2. An Zucker für Infanterie und zur Herstellung von Kunstdünger und sonstiger Düngemitteln, die nach näherer Bestimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft notwendigen Mengen an die öffentliche Hand abzuliefern. — Oberbürgermeister Scheidemann teilte in einer Versammlung in Rassel mit, daß er der Berliner Regierung den Vorschlag unterbreite, habe, zur wirksameren Bekämpfung des Zuckermangels den Inlandszucker leicht zu färben, damit er nicht mehr als Auslandszucker zu phantastisch hohen Preisen der Bevölkerung aufgeschwindelt werden kann.

Die Sozialdemokraten lehnen die Erhöhung des Preises für das erste Drittel des Umlagegetreides ab. Ueber den Verlauf und das Ergebnis der Sitzung der Vereinigten Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird gemeldet: Der sozialistische Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt begründete in der Sitzung eingehend die Stellungnahme der Reichsregierung, die eine Erhöhung des Umlagegetreides, ohne zu dem Maß der Erhöhung endgültig Stellung genommen zu haben, für berechtigt halte. Nach den statistischen Feststellungen des Reichsernährungsministeriums seien die Aufwandskosten der Erzeuger durchschnittlich um das Dreifache in der Zeit vom Mai bis jetzt gestiegen. Sollte dieser Steigerung Rechnung getragen werden, dann würde das einen Umlagepreis von ungefähr 20 000 Mark pro Tonne ergeben, der immerhin noch um 28 000 Mark hinter dem im freien Handel erzielten Getreidepreis zurückbliebe würde.

Trotz dieser Argumentation des sozialistischen Ministers des Reichs, die Erhöhung des ersten Drittels der Getreideumlage abzulehnen und auf dem vom Reichstag festgesetzten Preis zu beharren. Damit ist der Anlauf zu neuen, unter Umständen sehr schwerwiegenden politischen Auseinandersetzungen im Reichstagsgebäude gegeben. Das Reichskabinett, das für eine Erhöhung des Umlagepreises eingetreten ist, wird sich in den nächsten Tagen erneut mit der Frage beschäftigen. Laut „Vorwärts“ wird sich das Reichskabinett voraussichtlich am heutigen Dienstag mit der Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide erneut befassen. Dem gleichen Blatte zufolge hat der Reichsernährungsminister sehr dem Reichskabinett eine Gesetzesvorlage eingereicht, in der eine rückwirkende Erhöhung des Roggenpreises für das erste Drittel auf 20 700 Mark, also genau das dreifache des ursprünglichen Preises, vorgesehene ist. Von den nach dem Umlagegesetz abzuliefernden 2 Millionen Tonnen Getreide sind, wie das Blatt meldet, bisher 123 000 Tonnen zur Abfertigung gelangt, gegenüber 400 000 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Der preussische Landesgesundheitsrat hat mit großer Mehrheit eine ganze Anzahl der Beschlüsse des sozialdemokratischen Abgeordneten und Universitätsprofessors Dr. Grotian angenommen, die die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel zur Abwehr schwerer gesundheitlicher Schäden fordern und insbesondere die Einrichtung und Ausdehnung der Rassen- und Schulspeisungen verlangen.

Biviani gegen Dr. Wirth.

Aus Paris wird gemeldet: Der Abgeordnete Biviani, der bei Kriegsausbruch Ministerpräsident war, veröffentlicht durch Havas eine Erklärung gegen die Äußerungen, die Reichskanzler Dr. Wirth vor Pressevertretern über die von dem ehemaligen Gesandten von Romberg veröffentlichten Dokumente über die Kriegsurachen gemacht hat. Biviani beschuldigt sich zunächst mit der Erklärung Dr. Wirths, daß am 29. Juli 1914 die russische Regierung mitgeteilt habe, daß Frankreich ihm unbegrenzten Beistand versprochen habe. Biviani erklärt, er sei am 28. Juli um 1 Uhr in Paris eingetroffen, habe den Dienst wieder übernommen, die beiden Botschafter der Mittelmächte empfangen und in der Nacht vom 29. auf den 30. Juli um 2 Uhr sei Wirtz in das Ministerium gekommen und habe de Margerie die Deutsche mitgeteilt, in der Salonow angeht des deutschen Ultimatus gefragt habe, was Frankreich zu tun gedenke. Biviani erinnert an seine Depeche 101 im Selbstbuch, in der er nach Petersburg und London gedenkt habe, Frankreich ist entschlossen, alle Alliiertenverpflichtungen zu erfüllen. Er werde im übrigen nichts vernachlässigen, um eine Lösung des Konfliktes im Interesse des allgemeinen Friedens herbeizuführen. Die beiden den weniger stark interessierten Mächten eingeleiteten Verhandlungen gestattet noch die Hoffnung, daß der Friede aufrecht erhalten werden könnte. Biviani erinnert ferner an die Depeche No. 100 des Selbstbuches, in der Salonow mitgeteilt habe, daß Salonow ihm erklärt habe, daß gerade im Laufe der letzten Nacht der Generalstab gebeten worden sei, militärische Maßnahmen aufzuschieben, um jedes Mißverständnis zu vermeiden. Biviani erinnert weiter, daß Deutschland, was Wirth vergesse, bevor es die russische Mobilisation kannte, den Zustand der drohenden Kriegsgefahr erklärt habe, Neutralität Frankreichs zu verlangen, habe es nicht gewagt, soweit zu gehen, und sich damit begnügt, ihn — Biviani — zu fragen, was Frankreich tun würde. Daß Frankreich positivischen Geistes gewesen sei, werde dadurch bewiesen, daß es am 3. Juli seine Truppen um 10 Kilometer zurückgezogen und zuletzt von allen am 1. August mobilisiert habe, einen Tag nach Deutschland. Der Grund dieser Verzögerung sei, daß am 31. Juli ein neuer Verhandlungsvorschlag von Gren gemacht worden sei, und Oesterreich endlich begonnen habe, mit Rußland zu verhandeln, was die Hoffnung wieder belebt habe. Biviani zitiert aus den deutschen Dokumenten Stellen, die die Friedfertigkeit Frankreichs beweisen sollen und erinnert an gewisse Handlungen der russischen Regierung, die allein für die Beurteilung ihrer Politik in Betracht kämen. So habe die russische Regierung, wie das aus dem Orange- und dem Blaubuch hervorgeht, im Einvernehmen mit Frankreich Serbien den Rat gegeben, sich zu unterwerfen, soweit die Ehre es gestatte. Sie habe ferner gleichfalls im Einvernehmen mit Frankreich eine Fristverlängerung für Serbien verlangt und trotz der Diktata Oesterreichs dreimal veröhnliche Beziehungen mit Wien